

S T A D T W I T T E N

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Rates der Stadt Witten

am 02.07.2019

im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende

Leidemann, Sonja, Bürgermeisterin

SPD

Aufermann, Michael
Beckmann, Robert
Bergstein, Susanne (geht nach Pkt. 3)
Fromme, Rüdiger
Gronau, Beate
Güting, Birte, Dr.
Humbert, Claus (geht bei Pkt. 9)
Koch, Carsten-Tim
Krebs, Frank
Kuhn, Martin
Malz, Christoph
Marunga, Sabine
Pranskuweit, Klaus
Rath, Uwe, Dr.
Rose, Martin
Sander, Walter
Schröer, Günter
Schubert, Petra
Suceska, Armin
Wiegand, Klaus

CDU

Dzimballa, Dominik
Fennhahn, Julian
Fiedler, Regina
Finck, Reinhard
Gah, Claudia
Grunwald, Tobias
Hillert, Siegfried
Kiesewetter, Rolf
König, Lars
Kubski, Heiko
Liß, Günter
Noske, Klaus
Nowack, Simon

Pompetzki, Volker
Schöneborn, Hendrik; Dr.
Warzecha, Jan

Bündnis 90 / Die Grünen

Bärmann, Mareike
Dannert, Lieselotte
Evertz, Arnold
Heine, Ulrike
Legel-Wood, Birgit
Richter, Jan
Wood, Paul

bürgerforum

Kahl, Harald
Koch, Frank, Dr.
Riepe, Klaus
Schmelzer, Kurt-Martin, Dr.
Tillmann, Klaus-Peter, Dr. (geht nach Punkt 3)

DIE LINKE

Kalusch, Oliver
Samoticha, Carsten
Weiß, Ursula
Wolf, Jürgen

Solidarität für Witten

Humberg, Wilhelm
Kretzmer, Claas
Richter, Thomas

WBG

Brömmelsiek, Siegmund
Wiedemeyer, Wolfgang

FDP

Fröhlich, Frank-Steffen
Heiner, Peter

Piraten

Borggraefe, Stefan
Löpke, Roland

Witten Direkt

Günzel, Andreas
Skotarzik, Hans-Peter

Fraktionslos

Czylwick, Achim

Fraktion bürgerforum

Lechelt, Jeremia (Geschäftsführer)

Sparkasse Witten

Psarski, Andrea (Sparkassendirektorin; zu Pkt. 5 und 15)

Stadtwerke Witten GmbH

Schumski, Andreas (Geschäftsführer; zu Pkt. 6 und 11)

Stadtmarketing Witten GmbH

Nolte, Silvia Dr. (Geschäftsführerin; zu Pkt. 9)

Verwaltung

Schweppe, Frank, Erster Beigeordneter
Kleinschmidt, Matthias, Stadtkämmerer
Rommelfanger, Stefan, Stadtbaurat
Andresen, Uwe (StA. 14)
Gärtner, Norbert (Ref. 01)
Jurtzick, Kathrin (Ref. 01)
Kücük, Lena (Ref. 02; geht nach Pkt. 16)
Muhr, Michael (Ref. 01)
Prill, Cornelia (01/GI; geht nach Pkt. 16)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Bürgermeisterin Leidemann weist auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen WBG/bürgerforum –Resolution des Rates der Stadt Witten zur Neuerrichtung einer psychiatrischen Fachklinik auf dem Gelände des EVK Witten- vom 26.06.2019 und die beiden zu diesem Thema eingereichten Anträge der Fraktionen SPD/CDU vom 02.07.2019 und LINKE vom 01.07.2019 hin.

Es wird einstimmig beschlossen, die Anträge als Punkte 11.1 bis 11.3 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Ratsmitglied Fröhlich beantragt im Namen der FDP-Fraktion, angesichts des noch bestehenden Beratungsbedarfs den Punkt 3 –Resolution zum Klimanotstand- von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Antrag wird bei 2 Stimmen für den Antrag und keiner Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

1. Berichte der Bürgermeisterin

- 1.1 Bürgermeisterin Leidemann informiert über die Zusage der LAG 21 NRW, die Stadt Witten als eine der landesweit 15 Modellkommunen in das Projekt „Global Nachhaltige Kommune in NRW“ zur unterstützenden Erarbeitung einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen.
Über die kommenden Arbeitsschritte wird jeweils zeitnah unter Beteiligung der zuständigen Gremien des Rates berichtet.
- 1.2 Stadtbaurat Rommelfanger berichtet über das vom Initiativkreis Ruhr 2010 ins Leben gerufene Projekt „InnovationCity Ruhr. Die Stadt Witten sei mit dem Quartier „Heven-Ost/Crengeldanz in den InnovationCity roll-out-Prozess aufgenommen worden. Inzwischen liege das integrierte energetische Quartierskonzept in der Langfassung vor.
Nach der Sommerpause sei die Einbringung des kompletten Konzeptes in den ASU (12.09.2019) geplant.
Die Stadt bereite derzeit einen Förderantrag zur Einrichtung eines Sanierungsmanagements zur Umsetzung des Konzeptes vor.
- 1.3 Stadtkämmerer Kleinschmidt weist auf den Jahresabschluss 2018 hin, der einen Überschuss von rund 2,4 Mio. € ausweist (siehe Rat 27.05.19/1).
Allerdings müssten bei der Fortschreibung des Haushaltsicherungskonzeptes 2019 Mehrbelastungen einkalkuliert werden. So sei selbst bei einem unverändert bleibenden Kita-Platzbedarf angesichts veränderter Förderregelungen mit einem höheren städtischen Zuschuss in Höhe von rund 700.000,- € zu rechnen.
Darüber hinaus würden über die Integrationspauschale hinaus keine weiteren Erstattungen für höhere Kosten in der Flüchtlingshilfe erfolgen.
Der Zeitplan sehe vor, die entsprechenden Zahlen (Fortschreibung des Haushaltsicherungskonzeptes) in die zuständigen Gremien des Rates im Herbst einzubringen.

2. Radverkehrskonzept
hier: Beschlussfassung des Konzeptes
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/2
Vorlage: 1042/V 16

- 2.1. Konkretisierung der Umsetzungsplanung des Radverkehrskonzeptes
-Antrag der Fraktion Piraten vom 21.05.2019-
(Drucksache)
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/2.1
Vorlage: 0641/AG16
-

- 2.2. Antrag DIE LINKE: Priorisierung der Maßnahmen im Radverkehrskonzept, Vorlage Nr. 1042/ V 16, Rat am 2.7.2019
-Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0664/AG16
-

Bürgermeisterin Leidemann weist auf die im Verkehrsausschuss

(23.05.19/1)beschlossene Empfehlung zur Änderung/Ergänzung des letzten Absatzes des Beschlussvorschlages der Vorlage Nr. 1042/V 16 hin.

Ihrem Vorschlag entsprechend werden zunächst die Vorlage Nr. 1042/V 16 und die beiden Anträge der Fraktionen Piraten vom 21.05.2019 und DIE LINKE vom 01.07.2019 zur Beratung und Beschlussfassung gebracht.

Der Antrag nach § 24 GO (bisher Punkt 2.2) wird neu Punkt 2.3.

Nach Beratung wird wie folgt abgestimmt:

Unter Berücksichtigung der Änderungs-/Ergänzungsempfehlung des Verkehrsausschusses (23.05.19/1) wird dem Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 1042/V 16 entsprechend wie folgt einstimmig beschlossen:

„Der Rat der Stadt Witten beschließt das Radverkehrskonzept als Grundlage für die Verbesserung und Weiterentwicklung des Radverkehrs in Witten. Die Verwaltung wird beauftragt, das Radverkehrskonzept bei zukünftigen (Verkehrs-)Planungen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der Empfehlungen im Konzept, ein Umsetzungskonzept zu entwickeln.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die in der Vorlage Nr. 1042/V 16 unter „Weitere Vorgehensweise“ aufgeführten „Starterprojekte“ zu entwickeln und innerhalb des zur Verfügung stehenden Haushaltsplan-Budgets umzusetzen. Über die Finanzierung der Folgemaßnahmen ist im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Die Verwaltung soll halbjährlich im Ausschuss für Verkehr über den Umsetzungsstand des Konzepts und die getroffenen Maßnahmen sowie die eingesetzten Mittel berichten.“

Über den Antrag der Fraktion Piraten vom 21.05.2019 wird wie folgt abgestimmt:

Der Antrag wird bei 17 Stimmen für den Antrag und keiner Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Über den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2019 wird wie folgt abgestimmt:

Der Antrag wird bei 4 Stimmen für den Antrag und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

- 2.3. Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW
"Die Stadt Witten beteiligt sich am WORLD CAR FREE DAY am 22.09.2019"
Die Vertreter werden zur Sitzung eingeladen.

Herr Fabio Moyzes erläutert den Antrag als Mitunterzeichner.

Der Rat beschließt einstimmig, dass die Stadt Witten sich dem Antrag entsprechend am WORLD CAR FREE DAY 22.09.2019 beteiligt (autofreier Sonntag in der Innenstadt).

Hinweis:

Die Verwaltung erklärt, die Rahmenbedingungen und den räumlichen Zuschnitt zu prüfen (Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen wie ein Sicherheitskonzept, verkehrliche Anordnungen, Absperrungen, Abstimmungen mit betroffenen Anwohnern usw.).

3. Resolution zum Klimanotstand
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/3
-
- 3.1. Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands unterstützen
-Antrag der Fraktion Piraten vom 04.06.2019-
(Drucksache)
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/3.1
Vorlage: 0651/AG16
-
- 3.2. Resolution zum Klimanotstand
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2019-
(Drucksache)
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/3.2
Vorlage: 0653/AG16
-
- 3.3. Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Resolution
zum Klimanotstand vom 05.06.2019
- Antrag der Fraktion bürgerforum vom 21.06.2019
Vorlage: 0656/AG16
-
- 3.4. Antrag DIE LINKE: Resolution zum Klimanotstand mit konkreten Maßnahmen
versehen - HFA am 24.6.2019, ASU am 25.6.2019, Rat am 2.7.2019
-Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 24.06.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0658/AG16
-
- 3.5. Liste relevanter Förderprogramme im Bereich Klima- und Umweltschutz
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0659/AG16
-
- 3.6. Antrag Kreistag
-
- 3.7. Beitrag der Stadt Witten zur Eindämmung der globalen Klimakrise
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, bürgerforum,
CDU, SPD vom 30.06.2019-
Vorlage: 0663/AG16
-

Dem Vorschlag von Bürgermeisterin Leidemann, den Fraktionen (auch dem einzelnen Ratsmitglied) jeweils 5 Minuten Rederecht zu den Anträgen einzuräumen, wird zugestimmt.

Nach Rede wird wie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt.

Dem Beschlussvorschlag des gemeinsamen Antrages der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, bürgerforum, CDU und SPD vom 30.06.2019 (Punkt 3.7) entsprechend wird wie folgt beschlossen:

Der Rat der Stadt Witten

1. erkennt die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als vorrangige Aufgabe auch auf kommunaler Ebene an (in der aktuellen Debatte ebenfalls unter dem Begriff „Klimanotstand“ diskutiert). Damit wird ein deutliches Zeichen gesetzt, dass die bisherige städtische Klimapolitik weiterentwickelt werden muss. Gleichzeitig be-

ginnt ein Prozess aus vielen konkreten Einzelmaßnahmen und Projekten zum Klimaschutz, die an dieser Stelle noch nicht umfassend beschrieben werden können.

2. erkennt an, dass die bisherigen globalen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die anthropogene Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
3. erkennt die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 mit den Zwischenzielen -40 Prozent Treibhausgasemissionen (gegenüber 1990) bis zum Jahr 2025 und -60 Prozent Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2040 als verbindliche Ziele an.
4. stellt fest, dass das im Jahr 2013 im Integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK) verabschiedete Ziel der Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 um 25% nicht nur zu gering ist, sondern auch mit den bisher vereinbarten Maßnahmen nicht erreicht werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt, Maßnahmenvorschläge vorzulegen, die eine Erreichung der Ziele des Klimaschutzkonzepts in Witten sicherstellen.
5. berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken, ohne dabei Belange des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie des Funktionierens des Wirtschaftsstandortes Stadt Witten zu vernachlässigen.
6. bittet jede Einwohnerin und jeden Einwohner, sich der persönlichen Verantwortung im Hinblick auf das Klima bewusst zu sein und entsprechend zu handeln. Er unterstützt und befürwortet Initiativen aus der Bevölkerung, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen und fordert die Verwaltung auf, eine geeignete Plattform zur Beteiligung möglichst vieler Akteure (Initiativen wie „Fridays for Future“, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kirchen, Verbände etc.) am konkreten kommunalen Klimaschutz zu schaffen und hier Engagement und Vernetzung zu fördern. Er bittet die Verwaltung, private Initiativen bei deren eigenen Beiträgen zum Klimaschutz zu unterstützen, so etwa mit einer Kontaktvermittlung zu Förderprogrammen oder zur EnergieAgentur NRW. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen.
7. fordert die Verwaltung auf, für sämtliche politischen Beschlussvorlagen ab August 2019 eine Benennung der Auswirkungen auf den Klimaschutz zum verpflichtenden Bestandteil zu machen. Die jeweilige Auswirkung ist in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzbeauftragten in der Begründung – analog zu finanziellen Auswirkungen - darzustellen. Soweit möglich, sollen die voraussichtlich zusätzlichen oder eingesparten Emissionen an klimawirksamen Spurengasen (CO₂-Äquivalente) angegeben werden. Wird eine negative Klimarelevanz festgestellt, muss eine klimaschonende Alternative aufgezeigt und eine mögliche Kompensationsmaßnahme vorgeschlagen werden.

8. strebt eine Messbarkeit der Entwicklungen / Effekte von Maßnahmen in klimarelevanten Kontexten an. Er fordert die Verwaltung auf, geeignete Konzepte zur Bestimmung der Treibhausgasemissionen, im Besonderen CO₂, im Stadtgebiet zu erarbeiten. Ziel ist eine sachlich und wissenschaftlich fundierte Bewertung der getroffenen Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität.
9. erklärt seinen Willen, im Zuge der Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt (ISEK) ein Verkehrskonzept zu entwickeln, welches zulässt und ermöglicht, Kraftverkehre soweit als möglich aus der Innenstadt herauszuhalten und die notwendigen Kraftverkehre auf bestimmten Routen und Straßen sowie Parkplätzen zu bündeln und sich für den ausschließlichen Einsatz von Elektrobussen im Innenstadtbereich einzusetzen. Der Ennepe-Ruhr-Kreis als maßgebliche Stelle soll gebeten werden, sich bei der Bogestra hierfür stark zu machen. Ebenso sollen verkehrsberuhigte Zonen gefördert werden. Die Planungen zum Ausbau des Radwegenetzes sollen intensiviert und wo immer möglich beschleunigt umgesetzt werden.
10. fordert die Verwaltung auf, noch im Jahr 2019 mit dem weiteren und deutlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität (insbesondere, aber nicht nur in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken) zu beginnen und sich parallel mit den möglichen Auswirkungen anderer Antriebsformen - insbesondere der Brennstoffzelle - zu beschäftigen.
11. fokussiert bei zukünftigen stadtplanerischen Überlegungen stärker auf klimatische Effekte, so gilt es etwa Wärmeinseln und die Aufheizung von städtischen Gebieten zu verhindern bzw. zu mindern und den Baum-/Grünflächenbestand kontinuierlich weiterzuentwickeln.
12. fordert die Verwaltung auf, dem Rat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
13. fordert - ergänzend zum Klimaschutzkonzept - ein Konzept zur Klimafolgenanpassung zu erstellen, das Maßnahmen vorschlägt, um die heute schon spürbaren Veränderungen infolge des Klimawandels abzufedern. Dies umfasst insbesondere eine Strategie zur Verbesserung der städtischen Mikroklimata, aber auch eine Konzeption zum Umgang mit zunehmenden Extremwetterereignissen. Hierfür ist im nächsten Haushalt ein angemessenes Budget vorzusehen.
14. beauftragt die Verwaltung aufgrund der Vielzahl drängender Probleme mit der Entfristung der Stelle der Klimaschutzbeauftragten sowie der zeitnahen Neubesetzung der schon seit längerem nicht besetzten zweiten Stabsstelle im Klimaschutz.
15. würde es begrüßen, wenn auch im Ennepe-Ruhr-Kreis eine Klimakonferenz einberufen werden könnte. Er fordert zudem andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Beispiel Wittens zu folgen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf

kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst weitere Maßnahmen im Rahmen etwa der Energie-, Finanz- und Verkehrspolitik (z.B. CO₂-Abgabe) werden hier das dringend benötigte Fundament legen.

16. fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und den entsprechenden Aufsichtsgremien dazu vor Jahresende und in Zukunft jährlich Bericht zu erstatten.

17. berücksichtigt bei allen Maßnahmen, dass eine Finanzierung grundsätzlich aus Fördermitteln und Mitteln des laufenden Kommunalhaushaltes erfolgen soll, ggf. über Umschichtungen und/oder geänderte Prioritätensetzungen. Im Rahmen künftiger Haushaltsplanberatungen sind die Bedarfe des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung entsprechend zu berücksichtigen. Eine zusätzliche steuerliche Belastung durch kommunale Steuern wird aus diesem Beschluss angesichts der bereits sehr hohen Abgabenquote in Witten nicht resultieren.

Gegenstimmen: 2

Enthaltungen: 1

Der Antrag der Fraktion Piraten vom 04.06.2019 (Punkt 3.1) wird bei 7 Stimmen für den Antrag und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 24.06.2019 (Punkt 3.4) wird bei 6 Stimmen für den Antrag und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Dem Beschlussvorschlag des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2019 (Punkt 3.5) entsprechend wird wie folgt beschlossen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer Liste relevanter Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, die von der Stadt Witten oder ihren Beteiligungen für Projekt- und Strukturentwicklung im Bereich Klima- und Umweltschutz genutzt werden können. Von wesentlichem Interesse sind dabei zunächst Förderprogramme, die zur Refinanzierung von Personalkosten genutzt werden können, um die Personallage der Verwaltung in diesem Bereich zu stärken. So könnte als Ziel eine eigene, größere Organisationseinheit „Klimaschutz“ (etwa als Stabsstelle beim Verwaltungsvorstand) entstehen, die kommunale Projekte in diesem Themenfeld initiiert und in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren steuert.

Die Liste soll in der nächsten Ratssitzung vorliegen und insbesondere folgende Punkte darstellen: Fördergeber*in, Förderzeitraum, Förderziele, Wesentliche Fördervoraussetzungen, Zuwendungsfähige Kostenarten / -höhen, Eigenanteile.

Gegenstimmen: -

Enthaltungen: 4

Mit diesen Beschlussfassungen haben sich die Anträge zu den Punkten 3.2, 3.3 und 3.6 erledigt.

4. Pädagogisches Konzept für die Neue Gesamtschule Witten
Letzte Beratung: JuSchu 25.06.19/3
Vorlage: 1085/V 16
-

Der Rat nimmt das pädagogische Konzept für die neue Gesamtschule Witten in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, es zur Genehmigung bei der Bezirksregierung Arnsberg als oberer Schulaufsicht vorzulegen.

Gegenstimmen: -
Enthaltungen: 1

5. Sparkasse Witten, Jahresabschluss 2018
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/4
Vorlage: 1083/V 16
-

Der Jahresabschluss 2018 mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 wird zur Kenntnis genommen.
Der Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 716.340,94 € ist der Sicherheitsrücklage der Sparkasse Witten zuzuführen.

Den Organen der Sparkasse Witten wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gegenstimmen: 3
Enthaltungen: 6

6. Stadtwerke Witten GmbH, Jahresabschluss 2018
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/5
Vorlage: 1073/V 16
-

I.

Der Vertreter der Stadt Witten in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Witten GmbH wird beauftragt,

1. den Jahresabschluss 2018 mit einer Bilanzsumme von 109.868.845,80 € und einem Jahresergebnis vor Ergebnisabführung von 5.500.213,35 € sowie den Lagebericht zum Geschäftsjahr 2018 festzustellen,
2. den Aufsichtsrat und
3. die Geschäftsführung zu entlasten.

II.

Daneben werden die Vertreter der Stadt Witten im Gesellschafterausschuss der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (ewmr) beauftragt, den ewmr-Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Witten GmbH ebenfalls zur o.a. Beschlussfassung zu beauftragen.

Gegenstimmen: 3
Enthaltungen: 3

7. WABE mbH - Beteiligung an der Ruhrgewerk gGMBH;
Jahresabschluss 2018
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/6
Vorlage: 1074/V 16
-

Der Vertreter der Stadt Witten in der Gesellschafterversammlung der WABE mbH wird beauftragt, den Vertreter der WABE mbH in der Gesellschafterversammlung der Ruhrgewerk gGmbH zu beauftragen,

- den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2018 mit einer Bilanzsumme von 430.659,30 € und einem Jahresüberschuss 77.722,52 € festzustellen
- dem Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung, den Jahresüberschuss in die Gewinnrücklagen einzustellen, zuzustimmen,
- den Lagebericht zur Kenntnis zu nehmen und
- der Geschäftsführung für dieses Geschäftsjahr Entlastung zu erteilen.

Gegenstimmen: 1
Enthaltungen: 2

8. Kulturforum Witten AöR,
Jahresabschluss 2018
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/7
Vorlage: 1075/V 16
-

Dem folgenden, vom Verwaltungsrat des Kulturforums Witten in seiner Sitzung am 03.06.2019 gefassten Beschluss, wird zugestimmt:

- Der Jahresabschluss 2018 und der Lagebericht für das Kulturforum Witten werden festgestellt.
- Der Verwaltungsrat beschließt, den Jahresverlust in Höhe von 552.049,00 € durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage zu decken.
- Dem Vorstand wird Entlastung erteilt.

Gegenstimmen: 4
Enthaltungen: 2

9. Stadtmarketing Witten GmbH, Jahresabschluss 2018
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/8
Vorlage: 1080/V 16
-

Die nachfolgenden Beschlüsse der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Witten GmbH vom 20.05.2019 werden genehmigt:

1. Der Jahresabschluss der Stadtmarketing Witten GmbH zum 31.12.2018, mit einer Bilanzsumme von 333.272,34 €, und einem Jahresfehlbetrag von 37.967,41 €, wird gem. § 14 Abs. 2 Nr. 2 des Gesellschaftsvertrages festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Geschäftsführung (Frau Nowack bis 31.10.2018, Frau Dr. Nolte ab 01.11.2018) wird gem. § 14 Abs. 2 Nr. 3 des Gesellschaftsvertrages für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gegenstimmen: 4

Enthaltungen: -

10. Listen der nach 2019 übertragenen Planfortschreibungen
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/8.1
Vorlage: 1088/V 16
-

Der Rat nimmt die Listen über die Planfortschreibungen zur Kenntnis.

11. Gigabit-City Witten
-Antrag der Fraktion Piraten vom 21.02.2019-
(Drucksache)
Letzte Beratung: HFA 24.06.19/10
Vorlage: 0621/AG16
-

Es liegen die Antworten des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 18.03.2019 und der Stadtwerke Witten GmbH vom 18.06.2019 als Drucksachen vor.

Ratsmitglied Borggraefe erklärt im Namen der Fraktion Piraten, dass dem Beratungsergebnis im AWSF (26.06.19/5) entsprechend in dem Beschlussvorschlag in der ersten Zeile das Wort „beauftragt“ durch das Wort „bittet“ zu ersetzen ist. Nach Rede und Gegenrede wird der Antrag bei 6 Stimmen für den Antrag 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

- 11.1. Resolution des Rates der Stadt Witten zur Neuerrichtung einer psychiatrischen Fachklinik auf dem Gelände des EVK Witten
-Antrag der Fraktionen WBG und bürgerforum vom 26.06.2019-
(Drucksache)
-

- 11.2. Resolution zur Psychiatrie
-Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 02.07.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0666/AG16
-

- 11.3. Antrag DIE LINKE: Resolution für eine psychiatrische Klinik in Witten, Änderungsantrag zu Antrag von WBG und Bürgerforum vom 26.6.2019, Rat am 2.7.2019
-Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0665/AG16
-

Nachdem Befangenheit im Sinne von § 31 GO in Verbindung mit § 43 Abs. 2 GO angezeigt wurde, nimmt Ratsmitglied Carsten-Tim Koch in den Zuhörerreihen Platz.

Ratsmitglied Brömmelsiek zieht den gemeinsamen Antrag der Fraktionen WBG und bürgerforum (Punkt 11.1) vom 26.06.2019 zurück, da der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und CDU (Punkt 11.2) vom 02.07.2019 ebenfalls Unterstüt-

zung findet.

Ratsmitglied Legel-Wood erklärt, dass der vorgeschlagene Resolutionstext des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD und CDU vom 02.07.2019 nur bis zur vierten Zeile nach Ende des Halbsatzes „der mit knapp 100 000 Einwohnern größten Stadt des Kreises.“ mitgetragen wird, da die weiteren Passagen allein Bestandteil der Begründung sein können.

Unter Berücksichtigung dieser Maßgabe wird einstimmig wie folgt beschlossen:

„Das Land NRW sieht aufgrund vorliegender Daten die Notwendigkeit, auf dem Gelände des EVK eine psychiatrische Fachklinik zu errichten. Der Wittener Rat unterstützt diese Einschätzung voll und ganz und befürwortet den Aufbau einer leistungsfähigen Fachklinik in Witten, der mit knapp 100 000 Einwohnern größten Stadt des Kreises.“

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.07.2019 (Punkt 11.3) wird bei 6 Stimmen für den Antrag und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

12. Veränderungen in Gremien und Ausschüssen

12.1. Umbesetzung im AWSF

-Antrag der Fraktion WBG vom 18.03.2019-

Letzte Beratung: Rat 27.05.2019/6.1

Vorlage: 0628/AG16

Die Fraktion WBG ist im Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Standortmarketing und Feuerschutz (AWSF) durch ein beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vertreten.

Die Fraktion WBG benennt mit ihrem Antrag Herrn Michael Hasenkamp als Nachfolger (sachkundiger Bürger) für Herrn Wolfgang Wiedemeyer (Ratsmitglied).

Die erforderliche Bestellung durch den Rat (§ 58 Abs. 1 Satz 8 GO NRW) ist einer Wahl gemäß § 50 Abs. 2 GO NRW gleichzusetzen (siehe auch vorliegende Drucksache der Verwaltung).

Bürgermeisterin Leidemann weist darauf hin, dass der Antrag auf geheime Abstimmung von Ratsmitglied Weiß vorliegt. Sie stellt fest, dass dem Antrag entsprechend gemäß § 50 Abs. 2 GO NRW (einzelner Widerspruch gegen die offene Abstimmung) durch Stimmzettel geheim abzustimmen ist.

Für die Auszählung der Stimmzettel werden von den Fraktionen die Ratsmitglieder Schubert (SPD-Fraktion), Fennhahn (CDU-Fraktion), Heine (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Kahl (Fraktion bürgerforum), Samoticha (Fraktion DIE LINKE.), Fröhlich (FDP-Fraktion), Borggraefe (Fraktion Piraten) und Günzel (Witten Direkt) benannt.

Bürgermeisterin Leidemann eröffnet den Wahlvorgang.

Anwesend sind 56 Ratsmitglieder.

Es werden 56 Stimmzettel ausgegeben.

Abgegeben werden 56 Stimmzettel.

Nach Beendigung des Wahlvorganges durch Bürgermeisterin Leidemann ergibt die anschließende Auszählung folgendes Ergebnis:

Bei 11 ungültigen Stimmzetteln und 15 Enthaltungen entfallen auf Herrn Hasenkamp 13 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen.

Bürgermeisterin Leidemann stellt fest, dass damit die Bestellung von Herrn Hasenkamp zum beratenden Mitglied des AWSF gemäß § 58 Abs.1 Satz 8 GO NRW bei 13 Ja-Stimmen für Herrn Hasenkamp mehrheitlich mit 17 Nein-Stimmen abgelehnt wurde.

- 12.2. Umbesetzung im Jugendhilfe- und Schulausschuss
-Antrag der Fraktion Piraten vom 18.06.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0654/AG16
-

- 12.3. Nachbesetzung im Sportausschuss
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2019
Vorlage: 0655/AG16
-

- 12.4. Nachbesetzung eines sachkundigen Bürgers im Sportausschuss
-Antrag der SPD-Fraktion vom 24.06.2019-
(Drucksache)
Vorlage: 0657/AG16
-

Bürgermeisterin Leidemann ruft die Anträge zu den Punkten 12.2 bis 12.4 zur Abstimmung auf.

Ratsmitglied Günzel zeigt im Namen der Fraktion Witten Direkt noch Beratungsbedarf zu Punkt 12.2 (Antrag der Fraktion Piraten vom 18.06.2019) an. Der Antrag wird daher bis zur nächsten planmäßigen Sitzung des Rates (23.09.2019) zurückgestellt.

Bürgermeisterin Leidemann stellt fest, dass sie nur über die beiden Anträge zu Punkt 12.3 und 12.4 abstimmen lässt. Sie fragt nach Gegenstimmen und Enthaltungen zu den Anträgen (stellt keine fest) und sagt anschließend: „Dann sind die“. Bürgermeisterin Leidemann bricht den Satz ab, weil sie die Wortmeldung von Ratsmitglied Brömmelsiek feststellt und ihm das Wort erteilt.

Ratsmitglied Brömmelsiek beantragt zu den Punkten 12.3 und 12.4 geheime Abstimmung (§ 50 Abs. 2 GO NRW). Er erklärt, dass er seine Hand für eine Wortmeldung vor Eintritt in das Abstimmungsverfahren gehoben hat.

Bürgermeisterin Leidemann lässt diesen Antrag mit der Begründung nicht zu, dass sie gesagt hat, ich lasse abstimmen und ich war im Abstimmungsverfahren und nach der Abstimmung ist der Wortbeitrag von Herrn Brömmelsiek gekommen (seine gehobene Hand habe sie erst nach dem Abstimmungsverfahren gesehen; es wurde ihr auch bis dahin keine Wortmeldung mündlich angezeigt).

Bürgermeisterin Leidemann stellt fest: „Damit sind die Abstimmungen gelaufen“.

Die Mitglieder der Fraktion WBG verlassen daraufhin den Sitzungssaal.

Den Anträgen entsprechend wurde (vorbehaltlich einer weiteren Prüfung) wie folgt gewählt:

Sportausschuss

CDU-Fraktion

neu: Sarah Kramer (Sachkundige Bürgerin)

SPD-Fraktion

bisher: Karin Preuß (stellvertretenden. sachkundige Bürgerin)

neu: Nicklas König (stellvertretenden sachkundiger Bürger)

Leidemann
Bürgermeisterin

Gärtner
Schriftführer